

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Die Räumungen nehmen die Nachträge und die zuverlässigen Dokumente auf. — Erfolgt nicht möglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Postabonnement für das Amtsschultheiss-Polizeipräsidium für Aue und Umgebung zu Göltzschtal, einschließlich Angabe des Göltzschtals, Reichenbach-Polizeipräsidium für Göltzschtal, einschließlich Angabe des Göltzschtals.

Telegramme: Tageblatt Auebergelge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleistungskontrolle: Aue Leipzig Nr. 1000

Nr. 232

Sonnabend, den 4. Oktober 1924

19. Jahrgang

### Das Problem der Regierungsumbildung.

Von Dr. Mül. M. d. M.

Um die Frage der Regierungsumbildung ist seit der Annahme des Sachverständigengesetzes viel von amtlichen und halbamtlichen, von parteipolitischen und parteiunpolitischen Stellen herum geredet worden, daß einzelne dabei beteiligte Persönlichkeiten kaum noch wissen was sie alles gelagt haben, und daß sich über die ganze Angelegenheit ein dicker Nebel parteipolitischer Rundgebungen zu lagern beginnt, der den Blick auf den Kern der Dinge verschleiert. Es ist demgegenüber an der Zeit, dieses Problem von seinem Ausgangspunkt an mit aller Nüchternheit so zu betrachten, wie es wirklich liegt.

Die Deutschnationalen standen der Regierung und den Sachverständigengesetzen gegenüber in schärfster Opposition. Um die Sachverständigengesetze zu reiten, hat die Deutsche Volkspartei in letzter Stunde den Deutschnationalen an, für Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung vorzusorgen, falls sie die Verantwortung für die Sachverständigengesetze mit übernehmen würden. Man kann über das Charaktervolle einer solchen politischen Taktik verschiedener Auffassung sein; aber darüber kann nur eine Meinung bestehen, daß die Deutschnationalen weder als Reichstagsfraktion noch als Partei die Verantwortung für die Sachverständigengesetze übernommen haben. Die roffinteressante politische Habitus ist kann nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion gegen alle Sachverständigengesetze gestimmt hat, auch gegen das entscheidende Eisenbahngesetz. Daraus, daß hier eine Minderheit gestattet wurde, dafür zu stimmen, kann natürlich kein zu gründlichem Denken noch befähigter Mensch die Übernahme der Verantwortung für die Sachverständigengesetze ableiten wollen. Ein Anspruch der Deutschnationalen auf Beteiligung an der Regierung besteht also aus diesem Anlaß nicht. Die Reichsregierung würde sich und ihre Politik desabwerten, wenn sie sich die Durchführung dieser Gesetze derjenigen politischen Partei einen bestimmenden Einfluß in ihrem eigenen Schosse einzuräumen wollte, die diese Gesetze verworfen hat und noch verwirft. Die Bereinigung der Deutschnationalen würde in Ansehung der Außenpolitik einen Kurswechsel bedeuten, und dieser Kurswechsel ist von den Deutschnationalen bisher gewollt. Mit dankenswerter Offenheit sagt die „Kreuzzeitung“: „Der Einstritt der Deutschnationalen soll die bisher verfolgte Politik der Mitte zu einer Umstellung bringen im Sinne der deutschnationalen innen- und außenpolitischen Fortbewegung; er kommt einem Kurswechsel gleich, der sich sofort praktisch auswirken muß.“

Demgegenüber ergibt sich die einfache Frage, ob ein solcher Kurswechsel außen- und innenpolitisch erwünscht ist. Worauf kommt es für die nächste Zeit an? Stresemann charakterisiert mit den ihm eigenen Gewandtheit im Formulieren das Ziel mit den Worten: „Innere Stabilisierung auf gemeinsamer außenpolitischer Grundlage“. Sehr richtig. Aber glaubt er, daß die gemeinsame außenpolitische Grundlage mit den Deutschnationalen vorhanden ist; glaubt er, daß eine sich einseitig nach rechts erweiternde Regierung eine innere Konsolidierung bringen wird? So naiv dies anzunehmen, ist doch kaum einer von den politischen Gütern zweiten und dritten Grades. Hinter all den schönen Formulierungen und Sätzen steht der Wille, der Volkspartei aus der bisherigen Politik der Mitte nach rechts abzuwenden, und nicht der Wille, die Deutschnationalen zu einer Politik der Mitte heranzuziehen. Das letztere aber wäre das allein Mögliche, wenn nicht die bisherigen außenpolitischen Grundlagen verschoben und die innere Konsolidierung verhindert werden soll. Als klare Schlussfolgerung ergibt sich daraus für alle die, welche die bisherige Regierungspolitik für die allein möglich hielten, daß eine Aufnahme der Deutschnationalen in die Regierung ohne außen- und innenpolitischen Schaden nur denkbar ist wenn sie sich klar und unumhüllt zu der bisherigen Regierungspolitik bekennen. Bissher liegen nur die Gegentelite eines solchen Bekennisses vor. Auch die Entschlüsseungen des deutschnationalen Parteitages können nicht anders gewertet werden. Unmerklich ist es denkbar, daß bei den schwelbenden Verhandlungen sich die Deutschnationalen zu diesem Bekennnis durchringen könnten. In diesem Falle würde ihre Aufnahme in die Regierung erwünscht sein, und eine außen- und innenpolitische Stärkung bedeuten. Stellt sich aber die Verbreiterung der Regierung als ein Überraschen nach rechts dar, so bedeutet sie eine Aufgabe der bisherigen Politik, die von allen denen nicht mitgemacht werden kann, die sie aus Überzeugung getrieben haben. Was aber das Schlimmste sein würde: Sie läuft an Stelle der rechts verschwindenden Opposition nach links eine Kluft entstehen, auf der die schweren inneren und wirtschaftlichen Komplikationen aufreihen müssen.

### Die Schlussfassung des Völkerbundes.

Das Protokoll angenommen.

Gens, 2. Okt. In der heutigen Völkerbundssitzung wurde die Abstimmung über das Sicherheitsprotokoll vorgenommen. Einschließlich 47 anwesende Staaten stimmten den Resolutionen zu.

Gens 2. Okt. Die heutige Schlussfassung der fünften Völkerbundssitzung brachte zunächst die Wahl der sechs nichtständigen Mitglieder zum Völkerbundsrat die, wie wir bereits angekündigt hatten, ohne Abstimmung die Wiederwahl der bisherigen sechs Mitglieder Belgien (das diesmal 84 Stimmen erhielt), Brasilien (40 Stimmen) Schweden (87), Spanien (86), Tschechoslowakei (40) und Uruguay (40) ergab. Außerdem erhielten u. a. Holland 15, China 14 Stimmen. An der Abstimmung nahmen 47 Delegationen teil, so daß die einfache Mehrheit, die zur Wahl genügt 24 Stimmen betrug. Präsident Motta teilte sodann noch mit, daß folgende 10 Staaten das Protokoll über die Schiedsgerichtsbarkeit bereits vor Schluss der Versammlung in Gens unterzeichnet haben: Albaniens, Bulgarien, Griechenland, Jugoslawien, Lettland, Polen, Portugal und die Tschechoslowakei.

Das Schluswort sprach Präsident Motta. Diese 5. Völkerbundssitzung bedeutet, so erklärte er, in meinen Augen einen entscheidenden Wendepunkt. Wir haben alle Hoffnungen auf das Verschwinden der Vermittlung und der Schiedsgerichtsbarkeit übertragen. In den Parlamenten und in den Regierungen, die in den nächsten Monaten sich mit dem Schiedsgerichtsprotokoll beschäftigen werden, wird nicht mehr die Generalklausur vorliegen, die uns hier geleitet hat und es werden noch größere Widerstände sich ergeben. Dann wird es unsere Pflicht sein — Pflicht der Delegierten dieser Versammlung —, den Verlust zu machen, das Verständnis dafür zu erwecken, was dieses Protokoll von Gens trotz seiner unvermeidlichen Unvollkommenheiten bedeutet.

Das Vertrauen der Völker darf nicht getäuscht werden, denn die geäußerten Aussichten würden uns in immer fächerlicheren Konflikte stürzen und eine wahre Orgie der Zerstörung hervorrufen. Das Protokoll allein wird dazu nicht genügen. Wir müssen dem Mechanismus, den wir geschaffen haben, eine Seele einflößen: Erkenntnis von der Solidarität und der Einmütigkeit der Versammlung.

Oder aber, wie müssten denn wirklich verdammt sein: anzugeben, so erklärte Motta, daß der Krieg auf der Menschheit als ein verhängnisvolles Erbe laste, daß die Gewalttätigkeit von der menschlichen Natur nicht zu trennen ist und daß wir Armen trotz des Verstands und der Liebe, die uns Gott gegeben hat, niemals mehr das Ende der verfluchten Blutsäume sehen werden.

### Die Koalitionsführer beim Kanzler.

An der Besprechung beim Reichskanzler, die gestern nachmittag in der Reichskanzlei stattfand und der auch der Reichsaufnahmenminister Dr. Stresemann beiwohnte, nahmen teil: von Reitzen, die Abgeordneten Stegerwald, Spahn und von Guérard, von den Demokraten die Abgeordneten Erkelen-Haus und Kleinath und von der Deutschen Volkspartei der Abgeordneten Dr. Scholz und Curtius. Die Verhandlungen begannen um 15 Uhr.

Die Deutschnationalen und Dr. Marx.

Der heutige Artikel der „Germania“ über die Chance der Deutschnationalen, in die Regierung zu gelangen ist „Schlechte Aussichten“ überschrieben. Das Zentrumsblatt weist darauf hin, daß nach den Neuerungen der deutschnationalen Presse die Deutschnationale Volkspartei eine Fortsetzung der bisherigen Außenpolitik verwirft und zwar so deutlich, daß es die Deutschnationale Volkspartei bei ihrer Außenpolitik eigentlich angst und bange werden müsse. Die „Germania“ fordert ihre Befriedigung darüber aus, daß die deutschnationale Presse „die von Dr. Hergt so sorgsam gewonnenen Hände wieder sehr erheblich zerreißen“ hat. Diese erfreulichen Bemühungen setzt die deutschnationale Presse heute fort. Die „Kreuzzeitung“ nennt ihre Urtitel „Utopien des Reichskanzlers“ und spricht von „Phantasiereien“, durch die sich Deutschland nur „überlich“ macht. „Die Art der Volksgemeinschaft, wie sie sich Dr. Marx denkt, lehnen wir für unseren Teil ab...“ Die Deutschnationale Volkspartei müßte sich Grundlage vollkommen verleugnen, wenn sie sich zusammen mit der Sozialdemokratie an den Regierungstisch setzt... Wir wundern uns nur, daß Dr. Marx nicht auch noch die Kommunisten auffordert.“

Berlin, 2. Okt. Der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ schreibt: Die Verhandlungen zwischen Marx und Hergt mögen recht dramatisch werden oder von vornherein im Sande verlaufen — die Sozialdemokratie hat selbstverständlich gar keine Ursache, sich querwegs den Kopf zu verbraten.

### Die deutsch-französischen Vertragsverhandlungen.

Paris, 2. Okt. Bei der heutigen ersten Arbeitssitzung der französischen und deutschen Wirtschaftsdelegierten, die um 14 Uhr im Handelsministerium eröffnet wurde, hat der französische Handelsminister Reynaud den Standpunkt Frankreichs in einer großen Rede vorgelegt. Zum Schluß rückte er an die deutsche Delegation die Frage, ob sie, wie die französische Delegation entschlossen wäre, einen entscheidenden Schritt zur Wiederherstellung des Warenaustausches zu unternehmen. Die Bedingungen müßten unverzüglich durch ein definitives Abkommen festgelegt werden oder aber, ob mögliche versuchswise ein zeitweises Regime angewendet werden, das jeder ausgebaut und zu vervollkommen wäre.

Staatssekretär von Trenckendorf stellte entschieden in Abrede, daß die deutsche Wirtschaft ihres alten Bestandsvermögens auch nur annähernd erhalten habe und daß der deutsche Wettbewerb eine Gefahr für die Industrien anderer Länder bedeutet. Weiter führte er u. a. aus: Die Verhältnisse erfordern gebieterisch ein Aufzäumen mit dem Gusto des gegenseitiger Abschließung. Zeigt nach Stabilisierung der Währungsverhältnisse sollen die wirtschaftlichen Maßnahmen der Übergangszeit fallen. In Bezug auf das Maßnahmen des Bollschuhs stehen wir auf dem Standpunkt, daß grundsätzlich das System eines gemäßigten Bollschuhs, wie es bei uns in den Vorläufigen bestand, nicht geändert werden soll. Gerade auf diesen Standpunkt lege ich ganz besonderen Wert. In Verbindung mit dem gemäßigten Bollschuh bedürfen wir aber weiter der unbeschränkten allgemeinen Weisbegünstigung. Wir wünschen dieses System vor allem aus der Überzeugung heraus, daß nur auf der Basis der Weisbegünstigung die Verbesserung der nationalen Wirtschaften hergestellt und in einem Maße herbeigeführt werden kann, wie es vor dem Kriege bestanden hat. Im weiteren Verlauf der Arbeitssitzung wurde bestimmt und protokollarisch festgelegt, daß von morgen an die Sitzungen streng vertraulich sind und daß keinerlei Mitteilungen an die Presse ergehen mit Ausnahme der amtlichen Berichte, die von Zeit zu Zeit ausgegeben werden sollen.

Handelsvertragsverhandlungen auch mit Japan.

Japan hat in Berlin um Handelsvertragsverhandlungen nachgesucht. Bei diesen bevorstehenden Verhandlungen wird es sich nicht um den Abschluß eines Tarifvertrages, sondern um eine gegenseitige Gewährung unbeschränkter Weisbegünstigung handeln, die Reichsregierung hat bereits vor mehr als Jahresfrist Schritte in dieser Richtung unternommen, die jedoch infolge der ablehnenden Haltung Japans bis jetzt noch zu keinem Ergebnis geführt haben.

### Der Kampf gegen Macdonald.

Zwei Misstrauensanträge gegen Macdonalds Regierung. England vor Neuwahlen.

London 2. Okt. Die konservative Partei hat gestern nacht im Unterhaus den angekündigten Misstrauensantrag gegen die Regierung eingebracht. Er stellt sich darum, daß der Generalstaatsanwalt, um dieagitatorische Tätigkeit einiger Minister während der Kriegszeit einer öffentlichen Kritik zu entziehen, die Strafverfolgung eines Kommunisten, der die Wehrmacht zum Ungehorsam aufgefordert hat, einzustellen ließ. Der Antrag geht dahin, daß das Verhalten der Regierung dabei verdient, sowohl es sich um die Gründung und darauf folgende Einführung der Strafverfolgung gegen den Redakteur der „Wochenzzeitung“ der Arbeiter“ besticht.

Der liberale Führer Asquith hat gleichzeitig nachdem das irische Gesetz in zweiter Lesung mit 291 gegen 224 Stimmen angenommen war, in der Form eines begründeten Misstrauensantrages die Ablehnung des englisch-russischen Vertrages beantragt. Da bei der einen oder anderen Abstimmung eine Niederlage der Regierung vorausgesetzt werden muß, ist eine Regierungsteil in unmittelbare Nähe gerückt. Es wird deshalb allgemein mit Neuwahlen gerechnet.

Wenn etwa zweifelhaft ist ob die Regierung bereits am Mittwoch bei der Abstimmung über den Misstrauensantrag zu Fall kommt, ist die Niederlage der Regierung wie die Erklärung des Premierministers in Derby erkennbar, bei der Erklärung des russischen Vertrags als gewiß anzusehen. Gestern abend standen die Wahlen in den Klubs, ob die Regierung am 8. Oktober oder über den russischen Vertrag falle, annähernd 1:1. Die Presse hat sich von dieser Entwicklung der parlamentarischen Sache einigermaßen überraschen lassen und hat erst heute morgen die unmittelbare Nähe angekündigt. „Daily Herald“ verliest seine erste Seite mit der sachhaltigen Weiberkritik: „Bereitet euch auf Neuwahlen vor!“

### Gönigung über die deutsche Wirtschaft.

London, 2. Okt. Finanzminister Dr. Ruthen wird heute mit dem Vertreter englischer und amerikanischer Banken sowie mit dem Vorstand der Bank von England Montagn Norman über den Abschluss der deutschen Wirtschaftsverhandlungen haben. Aus gut unterrichteten Kreisen verlautet, daß nach den Verhandlungen des gestrigen Abends nunmehr feststehe, daß von den 40 Millionen Pfund Amerika 50 Prozent, England 35 und in einem noch zu bestimmenden Verhältnis die Niederlande, Frankreich, Schweden und der Schweiz sowie möglicherweise die Berliner Börse zusammen 15 Prozent zur Rechnung aufzulegen werden.

### Die Einnahmen der Rheinland-Kommission.

Paris, 2. Okt. Habas meldet aus Koblenz: Die Rheinlandkommission hat gestern die Überweisung von 5 Millionen Goldmark auf Konto des Generalagenten für die Reparationszahlungen verfügt. Diese Summe ist die dritte Tiefdienstzahlung des Monats September aus den von den Alliierten gemachten Einnahmen in den besetzten Gebieten. Nach Abzug von zwei Millionen Goldmark Betriebskosten sind 14,3 Millionen Goldmark aus der Pfänderkasse abgeführt worden.

### Die sächsische Regierungskoalition.

Dresden, 2. Okt. Nach den Zwischen Sozialisten haben nun auch die Plauener Sozialisten Stellung gegen die gegenwärtige Regierungskoalition in Sachsen genommen. In einer Entschließung verlangen sie von dem bevorstehenden Landesparteitag, daß er die jetzige Regierungspolitik auf schärfste mißbillige. Die Plauener Sozialisten hatten noch deutlicher Auflösung des Landtages und Neuwahlen gefordert. Beide fordern überdies die baldige Begnadigung des früheren Ministerpräsidenten Dr. Beigner.

### Wechselndes Kriegsglück in Marokko.

London, 2. Okt. Der "Daily Express" meldet aus Tanger: Dem Erfolg der Spanier in Scheschan folgte ein Angriff der Röte gegen eine spanische Kolonne zwischen Larache und Scheschan. Dieser Angriff soll großen Erfolg gehabt haben. Die spanischen Kolonnen, die nach Scheschan vormarschierten, um bei der Besiegung dieser Stadt behilflich zu sein, sollen vollkommen vernichtet worden sein.

### Politische Rundschau.

Gegen den Missbrauch der Abbau-Verordnung. Um dem politischen Missbrauch mit dem Abbau von Magistratsmitgliedern Einhalt zu gewahren, haben die Demokraten, Sozialdemokraten und Centrum des Preußischen Landtages einen in die Form eines Gesetzentwurfs gesetzten gemeinsamen Antrag eingereicht. Danach soll die Personalaufbauverordnung dahin geändert werden, daß der Beschluß, durch den ein Magistratsmitglied einzustellen ist, den Ruhestand versetzt wird, zu seiner Rechtswirksamkeit der Zustimmung der Aufsichtsbehörde bedarf. Verfugt diese, so entscheidet aus Antrag der Stadtverordnetenversammlung das Staatsministerium. Dieses Gesetz soll rückwirkende Kraft vom 1. September 1924 an erhalten. Der Antrag wird voraussichtlich schon Anfang nächster Woche im Landtag auf die Tagesordnung kommen.

### Der „vergessene“ Dinter.

München, 2. Okt. Eine Untersuchung in der Staatslichen Untersuchungsanstalt in Erlangen hatte das Ergebnis, daß bei Dr. Dinter, der, wie seinerzeit mißgefeiert wurde, an seiner Reise nach Nürnberg angeblich von Vergiftungsversuchungen befallen wurde, keinerlei krankliche oder metallische Spuren nachgewiesen werden konnten.

### Für 115 000 Mark Notgeldfälschungen.

Berne, 2. Okt. Die Stadt Berne hatte für 1 418 168 Goldmark Notgeld ausgegeben. Insgesamt sind bis jetzt 1 533 653 Goldmark eingelöst worden, so daß über 115 000 Goldmark mehr Notgeld eingelöst wurden als ausgegeben war. Man ist zurzeit damit beschäftigt die Ungelegenheit aufzulösen.

## Die Herweghs.

Roman von Liesbet Dill.

(57. Fortsetzung.)

Wenn sie doch hinüberlaufen könnte zu „ihrem Mann“, sie fehlten ihr so die Herweghs, das gemütliche Durcheinander, die interessante Diane, selbst nach Herbert hatte sie oft Verlangen.

Familienleben waren sehr unbedeutend wenn man in derselben Straße wohnte. Grete hatte so lange zu der Herweghschen Wohnung hinübergeschaut, bis sie eines Nachmittags plötzlich ihren Platz umnahm und hinüberging.

Herbert machte ihr auf. „Servus, Grete.“ er hatte gedacht, es wäre der Briefträger, die anderen sahen im Badzimmer um den Kaffeetisch.

Grete b. Herweghs stellte an ihrem Gobelin der rote Schnabel des Pelikans war endlich fertig geworden. Dianes lange Handschuhe hingen gewaschen auf einer Schnur aufgereckt in der Ecke, und auf dem Bilderrahmen lagen wunderbare neue Gewänder ausgebreitet.

„Der letzte Beruf.“ bemerkte der Klimmel. Diane war im Begriff, nach Amerika zu reisen mit der Testa.

Diane begrüßte Grete mit spöttischem Lächeln, das diese kaum gewahrte vor Herzschmerzen, denn der schöne Duz stand ihr plötzlich gegenüber, er war aus der Sofaecke aufgetaucht. Er lächelte ihr die Hand. „Sie da, Grete –“

Grete wurde von allen Seiten freundlich begrüßt, als ob nichts geschehen sei, und bald saß sie am Kaffeetisch unter der hellbrennenden Lampe, die einen grünen Glaskabelschirm trug.

### Aus Stadt und Land.

Aue, 3. Oktober.

#### Es gab eine Zeit . . .

Gegend jemand standt den Gedanken an eine Weiterführung der Brötkafe im Deutschen Reich. Dieser Mann, oder diese Wählerin, die ihre Gedanken so dünktliche Wege geben lassen, weisen darauf hin, daß die Ernte dieses Jahr sehr schlecht gewesen sei, was wir alle wissen, ohne damit die Erinnerung an die Brötkafe wach werden zu lassen. So weit liegt — gefühlsmäßig — die Zeit der Kartenvirtschaft hinter uns, daß wir kaum noch darüber sprechen können als mit dem Gedanken des Großvaters vor seinen Enkeln: „Denkt nur: es war einmal eine Zeit — Ich war damals ein kleiner Junge wie Ihr es jetzt seid — da gab es . . .“

Da gab es am Morgen keinen Kaffee mit frischen Brötchen sondern eine dicke Suppe, die nur noch aus Überlieferung „Mehlsuppe“ hieß. Da gab es zum zweiten Frühstück kein Brot, sondern Graupen und bestensfalls Kartoffelosteln. Da fiel der Nachmittagstaufe vollkommen aus, und jeden Abend wurden Kartoffeln mit einer „Tunfe“ gegessen, und Brot war das Wohlthite Dessert. Denn es gab damals sogenannte Brötkafe. Doch Ihr werdet kaum verstehen, was das bedeutet. Diese Käfer hatten mehr Wert als Geld, wozu allerdings nicht viel gehörte, denn . . .

Man bezahlte damit seine Aufwartung. Einziglich man trieb damit einen schwunghaften Handel, man stahl die Kette mit Eisen und Vorliebe, man gewährte schwere Strafen dafür, doch ließ sich nicht schrecken denn . . .

Über heute ist das anders. Selbst wenn wir eine schlechte Ernte haben, so brauchen wir doch keine Brötkafe. Denn wir sind nicht mehr wie damals in unsere Grenzen eingeschlossen, wir können jetzt statt unter uns mit Lebensmittelarten international mit Geld und Waren handeln.

So denken wir — Großväter an die Kriegsperiode weil wir inzwischen zu viel weiße Brötchen gesehen und gegessen haben.

Unverändertes Weiter. Hoher Aufstand hat sich jetzt mit seinem Scheitern über Nordwesteuropa seit veranwortet, hat außerdem seit gestern auch noch an Ausdehnung gewonnen.

Es scheint allen Strömungen, die gegen seinen Stand anlaufen, zu trocken und die Herrschaft über unsere Witterung herzuhalten, so daß nun doch noch eine beständige Herbstlage hergestellt ist.

**Die Steuern im Oktober.** Im Oktober haben alle Steuerpflichtigen dem Steuerfotender erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen. Am 1. Oktober ist die erste Rate der erhöhten Obligationsteuer fällig. Die Zahlung kann ohne Aufschlag innerhalb der 72-Stunden-Schonfrist erfolgen. Am gleichen Tage sind die Rentenzahler auf das Halbjahr April/September fällig. Auch hier besteht eine Schonfrist bis zum 8. Oktober. Es haben zu zahlen: 1. Die Industrie-, Gewerbe- und Handelsbetriebe einschließlich Banken die vollen Halbjahreszinzen nach den Rentenamt-Umlagebescheid; 2. die Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Gärtnereibetriebe einzuweilen bis auf volle Goldmark nach unten abgerundete Hälfte der aus den Beobachten über die Rentenamt-Grundschulden sich ergebenen Halbjahrszinzen. Am 10. Oktober ist die Umsatzsteuervormeldung einzureichen. Die Monatszähler haben den Umsatz vom September, die Vierteljahrszähler den Umsatz von Juli bis Ende September der Voranmeldung zu Grunde zu legen. Mit der Voranmeldung soll die Vorauszahlung erfolgen. Für Voranmeldung und Vorauszahlung besteht eine Schonfrist bis 17. Oktober. Am 10. Oktober sind auch die Voranmeldungen und Vorauszahlungen für die Einkommensteuer zu bewältigen. Schonfrist bis 17. Oktober. Auch Grundbesitzer, Angehörige der freien Berufe und Angestellte müssen bis spätestens zum 17. Oktober ihre Steuerzahlungen leisten. Der Angestellte ist zur Vorauszahlung nur verpflichtet, soweit sein Einkommen im Juli bis September mehr als 2200 Mark ergeben hat. Die Gesellschaften haben am 10. Oktober mit Schonfrist bis 17. Oktober die Voranmeldung und Vorauszahlung auf die Gewerbesteuer zu leisten, die Monatszähler für den Monat September, die Vierteljahrszähler für das dritte Steuerquartal.

**Wiederaufnahme des Brieftelegrammverkehrs.** Aus dem Reichspostministerium erfahren wir, daß die Wiederaufnahme des Brieftelegrammverkehrs zum 20. Oktober bevorsteht. Das neue Brieftelegramm, vorerst nur im innerdeutschen Verkehr zugelassen, soll hinsichtlich der Auslieferung keiner örtlichen

oder zeitlichen Beschränkung mehr unterliegen. Die Gebühr wird zwei Drittel des Tarifs für gewöhnliche Ferntelegramme betragen, mindestens wäre für ein Brieftelegramm soviel zu bezahlen wie für acht Wörter eines gewöhnlichen Ferntelegramms. Das Brieftelegramm will nicht etwa das vollbesetzte entbehrlich machen, sondern ist als ein Mittelding zwischen diesem und dem Brief gebacht.

Ein musikalisches Ereignis steht unserer Stadt Aue bevor in der Richard Strauss-Halle, die am Freitag, den 10. Oktober, als Eröffnungsfest der Volkschöchschule stattfinden wird. Der 60. Geburtstag des großen deutschen Meisters. Die Töne des Komponisten der Salome, Elektra, des Rosenkavaliers und vieler anderer gewaltiger Werke, soll auch bei uns nicht vorübergehen, ohne daß Strauß'sche Werke dargeboten würden. Und zwar ist es gelungen, eine der bedeutendsten Sängerinnen der altherühmten Dresdner Oper zum Vortrage Strauss'scher Lieder zu gewinnen, die sächsische Kammersängerin Else Stünzer. Schon ihr Gesang allein verspricht einen ganz seltenen Genuss. Außerdem wird der in Aue schon oft und gern gehörte glänzende Solist der Dresdner Oper, Kammermusiker Wunderlich, die schönen Violinsonate von Strauss spielen, und der in vielen früheren Volkschöchschulfesten als Klavierspieler gefeierte Regierungshaubadirektor Lehner hat außer der Begleitung der Lieder den Vortrag einiger Strauß'scher Klavierstücke übernommen. Die Eintrittspreise sind in Unbeacht der erheblichen Aufwendungen, die die Volkschöchschule bei diesem erstklassigen Konzert macht, auf 1,50 Mark für Inhaber der neuen Hörfunkarten (auf 1924/25), auf 2,50 Mark für andere Besucher festgesetzt. Karten sind bei Buchhändler Rothe und am Eingang erhältlich.

**Bezirksoberbaustellung in Aue am 11. bis 13. Oktober.** Den Ostalglätern der einzelnen Orte wird empfohlen, die ausdrücklich Früchte und Konserve gemeinschaftlich nach Aue befördern zu lassen. Für Schwarzenberg und Umgebung hat sich Herr Dampfwohnenbesitzer Reiter erboten, die Beförderung zu übernehmen.

**Sächsischer Lebenshaltungsindex.** Nach dem Preisstellungen vom 1. Oktober 1924 sind von Statistischen Landesamt folgende Indexziffern der Lebenshaltungskosten (1913/14 gleich 1) berechnet worden: Gesamtindex (für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung): 1,222 Billionen. September 1924 betrug der Gesamtindex mit Bekleidungskosten: 1,211 Billionen und ohne Bekleidungskosten: 1,186 Billionen. Vom 24. September bis 1. Oktober 1924 sind mithin die Preise der bei der Leistungsstatistik berücksichtigten Güter um 0,9 bzw. 1,1 vom Hundert gestiegen.

**Der Arbeitsmarkt in Sachsen.** Die Gesamtlage hat gegenüber der Vorwoche wenig Veränderung erfahren. Die eingetretene Besserung macht nur geringe Fortschritte und vielfach waren starke Schwankungen innerhalb der einzelnen Berufe, welche die weitere Entwicklung nicht klar erkennen ließen, zu verzeichnen.

**Der sächsische Lehrerperein veranstaltet in der Zeit vom 6. bis 18. Oktober einen akademischen Herbstkursus in Leipzig.** Der dreijährige Kursus behandelt das Gesamtthema: „Deutsche Kulturgut als Bildungsgut“.

**1. November.** Am 1. und 2. November 1924 findet in Chemnitz der erste Regimentstag des ehemaligen I. R. 181 in Chemnitz statt. Für den Verlauf ist folgendes in Aussicht genommen: am 1. November 1924: Festmarsch des Regiments im Marchplatz am 2. November 1924, vormittags: Gedenkfest für die Toten des Regiments, nachmittags: Kompanieauszugsparade. Zur Besteckung der entstehenden Unkosten sind 2 Mark für den Regimentsangehörigen (mindestens 1 Mark für Familienangehörige) an Herrn Braukhoff, Postschiffkontor 113 044 Leipzig zu überweisen. Alles Räuber erfahren die Kameraden durch Herrn Rich. Schmidt, Aue, Schneeberger Str. 64, Vors. der Vereinigung ehem. 181er, Ortsgruppe Aue.

**Schneeberg.** Der Frauenverein hielt dieser Tage seine Hauptversammlung ab, bei welcher der Kassierer, Kaufmann Odge, die Jahresrechnung vorlegte. In dem Halbjahr vom 1. Juli bis 31. Dezember beliefen sich die Einnahmen auf 5000 Billionen (abgerundet), die Ausgaben auf 487 Billionen. Die Zahl der Mitglieder stieg von 343 auf 350. Die Weihnachtsfeier wurde am 8. Advent in dem Saale der Hiesigen Luge gefeiert. Insgesamt konnten 160 Arme sowie 5 Waisenkinder mit Geschenken bedacht werden. Für Unterstützungen durch Lebensmittel wurden 201 Billionen veranlagt, die Unterstützungen durch Bekleidungsgegenstände belaufen sich auf 238 Billionen. Hierzu kommen noch 600 unentgeltlich verabreichte Mittagsküche. In dem ersten Halbjahr 1924 waren 588,25 Mark an Einnahmen und 281,94 Mark an Ausgaben zu verzeichnen. Aus Helsingfors gingen dem Frauenverein durch Vermittlung von Frau Oberschulrat Michael 101,10 Mark zu, ferner zwei Kisten mit Kleidungsstücken und

segte ein Tiener welches Baub zusammen, daß rot-Schloss schimmerte mit seinen verschloßenen Löden wie ein Spuf durch die Blume.

„Du wirst mich nie vergessen, nicht wahr, Duz?“ „Nein.“ sagte er, „es wird mir wenigstens sehr schwer werden.“

Er zog sie auf eine Bank, die verschwegen von Gebüsch umgeben, in der Dunkelheit stand unter einer großen ehemaligen Eiche. In den Wipfeln rauschte der Wind, der vom Rhein herüberkam. Zwischen den dunklen Wipfeln kam der bleiche Mond hervor und ergoss sein silbernes Licht über den verlassenen Park.

Hier nahmen sie Abschied. . .

Man mußte sich wieder einmal um Ernst Kummer und Frau b. Herweghs. Diese kurzen Berichte des Einheitsarztes geben keinen rechten Einblick in sein Leben.

Die Mainzerstraße hatte erleichtert aufgeatmet daß sich Ernst dem Gesprächsworte auf einige Zeit entzogen hatte, und die Generalin konnte ihren Bekannten mitteilen, indem sie mit dem Singer dorthin deutete wo sich anatomisch nachgewiesen das menschliche Hirn befindet: „Es war also doch, wie ich es immer schon sagte.“

Er hatte im Gefängnis Wallaben gesungen und Ballette komponiert, und Dr. Riedert hatte es ja selbst vor Gericht offen ausgesprochen. Aber es nahte der Tag da sich Ernst das Unthaltebare austun würde, was dann?

Diese Fragen beschäftigten keine Wütter des Stadtz. (Fortsetzung folgt.)



